

5036/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Gredler, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Einberufung des österreichischen Botschafters in der VR China

Der österreichische Botschafter in der Volksrepublik China, Dr. Gerhard Ziegler, wird mit 1. Januar 1999 von seinem Posten abgezogen und nach Wien einberufen. Laut Pressemeldungen (etwa KURIER, 8.10.98) wird vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten als offizieller Grund angegeben: "Botschafter Ziegler bat aus persönlichen Gründen um seine Einberufung nach Wien." Die eigentliche Ursache für diesen Vorfall stellt sich nach den Medienberichten ganz anders dar.

Offensichtliche Verfehlungen wie in diesem Fall schaden dem Ansehen Österreichs im Ausland, weshalb die Angelegenheit transparent gemacht werden sollte, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten:

1. Welche Qualifikationen waren für die Ernennung des bis dahin eher unerfahrenen Dr. Ziegler zum österreichischen Botschafter in China, dem bevölkerungsreichsten Land der Erde, ausschlaggebend?
2. Welche Rolle spielte dabei die Tatsache, daß Dr. Ziegler langjähriger Pressesprecher von Ex - Außenminister Dr. Alois Mock war?
3. Gab es zum Zeitpunkt der Ernennung Dr. Zieglers zum Botschafter in China Vorbehalte gegen ihn? Wenn ja, von wem, und mit welcher Begründung?
4. Welche Ergebnisse haben die Recherchen von Ex - Botschafter Nikolaus Horn in China zur Erhellung der Gerüchte um Dr. Ziegler erbracht?
5. Aus welchen Gründen wird Dr. Ziegler tatsächlich aus China abberufen?
6. Welche Dienstpflichten hat Dr. Ziegler verletzt?
7. Hat Dr. Ziegler in irgendeiner Weise seinen Status als Botschafter gegenüber dem Botschaftspersonal oder anderen Personen ausgenutzt?

8. Erfolgte die Abberufung Dr. Zieglers aufgrund einer Intervention des Gastlandes?
9. Welche Kontrollmechanismen gibt es im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, um Vorfälle wie jene an der Botschaft in Peking oder auch an der Botschaft in Belgrad, wo angeblich ein Handel mit der Erteilung von Visa aufgezogen wurde, zu verhindern?